

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - KRB/023(VI)/16			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Mittwoch,  31.08.2016	Altes Rathaus Franckesaal	17:00Uhr	18:10Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 17.08.2016
- 4 1. Änderung der Neufassung der Ausgleichssatzung DS0292/16
- 5 Straßenumbenennung "Vogelgesangstraße" DS0267/16
- 5.1 Straßenumbenennung "Vogelgesangstraße" DS0267/16/1
- 6 Neufassung der Benutzungs- und Gebührensatzung für Obdachlosenunterkünfte DS0273/16

7	Konzept zur bedarfsgerechten Steuerung der Leistungserbringung/Finanzierung von Angeboten und Hilfen durch Freie Träger (Grundsatzbeschluss)	DS0133/16
7.1	Konzept zur bedarfsgerechten Steuerung der Leistungserbringung/Finanzierung von Angeboten und Hilfen durch Freie Träger (Grundsatzbeschluss)	DS0133/16/2
8	Rahmenvereinbarung für ELFE-Beratungsstellen nach FamBeFöG	DS0275/16
9	Politische Schwerpunkte aus Sicht des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten für den Zeitraum bis 2022 in der Landeshauptstadt Magdeburg	I0114/16
10	Verschiedenes	

Anwesend:**Vorsitzende/r**

Burkhard Lischka

**Mitglieder des Gremiums**

Michael Hoffmann

René Hempel

Karsten Köpp

Olaf Meister

**Sachkundige Einwohner/innen**

Thomas Opp

Peter Uhlmann

**Geschäftsführung**

Britta Becker

Christian Hausmann (Vertreter für SR Kräuter)

Abwesend:**Mitglieder des Gremiums**

Thomas Brestrich

Günther Kräuter

**Sachkundige Einwohner/innen**

Wolfgang Stein

---

Öffentliche Sitzung

---

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung und Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss noch nicht beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Über die Tagesordnung wird wie folgt abgestimmt:

3 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom  
17.08.2016

---

Über die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 17.08.2016 wird wie folgt abgestimmt:

3 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

Ab dem Tagesordnungspunkt 4 ist der Ausschuss beschlussfähig.

4. 1. Änderung der Neufassung der Ausgleichssatzung  
Vorlage: DS0292/16

---

**Frau Kuhle**, Amt 30, bringt die Drucksache ein.

Über die Drucksache wird wie folgt abgestimmt:

4 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

5. Straßenumbenennung "Vogelgesangstraße"  
Vorlage: DS0267/16

---

**Herr Hesse**, FB 62, stellt erneut kurz den Sachverhalt dar. Er unterstreicht nochmals die Notwendigkeit der Umbenennung. Die im Änderungsantrag vorgesehene Ermittlung der Kosten wird sehr aufwendig. Ob die Kostenaufstellung den Stadträten dann weiterhilft, kann er nicht beurteilen. Er informiert, dass der Hauptkostenanteil für beide gleich sein wird.

**Herr Femel**, Dez. III, informiert, dass sich der Gewerbetreibende Schache an das Dez. III sowie an die Industrie- und Handelskammer bezüglich dieser Problematik gewandt hat. Es entstehen unverhältnismäßig hohe Kosten für die Gewerbetreibenden.

**Herr Meister** hält die Umbenennung für dringend erforderlich.

**Herr Lischka** schlägt vor, dass der Ausschuss die in der heutigen Sitzung gemachten Ausführungen zur Kenntnis nimmt und sich abschließend der Stadtrat mit dieser Problematik befasst.

5.1. Straßenumbenennung "Vogelgesangstraße"  
Vorlage: DS0267/16/1

---

Über den Änderungsantrag wurde bereits auf der Sitzung des Ausschusses am 17.08.2017 wie folgt abgestimmt:

2 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
4 Enthaltungen

6. Neufassung der Benutzungs- und Gebührensatzung für  
Obdachlosenunterkünfte  
Vorlage: DS0273/16

---

**Frau Schäfer**, Amt 50, bringt die Drucksache ein.

**Herr Hempel** fragt nach, ob es nun teurer oder günstiger wird.

**Frau Schäfer** äußert, dass es teurer wird.

**Herr Hempel** fragt nach, um was für Leute es sich bei den in der Drucksache benannten Ausländern handelt.

**Frau Schäfer** informiert, dass es sich hier um Menschen mit einer schnellen Bleibeberechtigung handelt.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
1 Enthaltung

7. Konzept zur bedarfsgerechten Steuerung der Leistungserbringung/Finanzierung von Angeboten und Hilfen durch Freie Träger (Grundsatzbeschluss)  
Vorlage: DS0133/16
- 

**Frau Fröhlich**, Dez. V/02, bringt die Drucksache ein.

**Herr Hempel** äußert, das die in der Drucksache benannte Definition (nach SGB VIII) falsch ist. Es handelt sich hier nicht um freiwillige Leistungen. Der § 44 fehlt komplett bei den zu beachtenden Verfahrensvorschriften. Er wird erst sehr viel später aufgeführt.

**Herr Hausmann** bringt den Änderungsantrag DS0133/16/2 der SPD-Fraktion ein.

**Herr Meister** spricht sich für den Änderungsantrag aus.

Aufgrund des Abstimmungsergebnisses zum Änderungsantrag wird die Drucksache vertagt.

- 7.1. Konzept zur bedarfsgerechten Steuerung der Leistungserbringung/Finanzierung von Angeboten und Hilfen durch Freie Träger (Grundsatzbeschluss)  
Vorlage: DS0133/16/2
- 

Über den Änderungsantrag wird wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

8. Rahmenvereinbarung für ELFE-Beratungsstellen nach FamBeFöG  
Vorlage: DS0275/16
- 

**Frau Fröhlich**, Dez. V/02, bringt die Drucksache ein. Sie führt aus, dass es sich hier um einen Grundsatzbeschluss handelt. Im Vorfeld der Drucksache erfolgte die Abstimmung mit den freien Trägern.

**Herr Hempel** fragt nach, ob es entsprechend § 7 Abs. 1 üblich ist, dass pro Fall ein Einzelnachweis erfolgt. Reicht hier nicht ein jährlicher Bericht. Weiterhin möchte er wissen, ob die angewendete Software zur Verfügung gestellt wird.

**Frau Fröhlich** legt dar, dass es sich bei der Software um eine Software des Bundes handelt. Diese ist somit vorgegeben und verpflichtend. Damit arbeiten alle Beratungsstellen.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

9. Politische Schwerpunkte aus Sicht des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten für den Zeitraum bis 2022 in der Landeshauptstadt Magdeburg  
Vorlage: I0114/16
- 

**Herr Platz** bringt die Informationsvorlage der Verwaltung ein. Er macht hierzu Ausführungen anhand einer Power-Point-Präsentation. In seinen Ausführungen geht er nur auf die für den Ausschuss relevanten Dinge ein.

**Herrn Meister** ist aufgefallen, dass der Hochwasserschutz nicht erwähnt wurde.

**Herr Platz** äußert, dass der Hochwasserschutz unter dem Thema Klima zu finden ist. Hierzu wird er im Umweltausschuss ausführlich berichten. Ende dieses Jahres wird es von der Verwaltung eine Information zum Stand der Abarbeitung der Hochwasserschutzmaßnahmen geben.

**Herr Lischka** schlägt vor, dass sich der Ausschuss nach Vorlage dieser Information ausführlich mit dem Thema beschäftigt.

**Herr Köpp** fragt nach, wie die Verwaltung die Chance sieht, in relativ kurzer Zeit Personal auszubilden. Was sind die Schwerpunktpositionen.

**Herr Platz** informiert, dass den Ämtern/Fachbereichen aufgegeben wurde, eine Aufstellung ihres Bereiches zu fertigen, woraus ersichtlich wird, wann welcher Mitarbeiter ausscheidet. Es kann hier eine Entwicklung sowohl intern als auch extern geben. Es gibt bereits jetzt eine gute „zweite Reihe“, die sich auch entwickeln möchte.

**Herr Köpp** fragt nach, ob sich die Verwaltung weiter verschlanken und wohin sie sich in den nächsten 10 Jahren entwickeln wird.

**Herr Platz** äußert, dass die Talsohle schon längst erreicht ist. Die Hauptkonsolidierung der Verwaltung ist bereits erfolgt.

**Herrn Köpp** fehlt etwa der Bereich „Kontakt mit den Bürgern (ehrenamtliche Tätigkeit)“. Die angedachte KVG-Novellierung sieht z.B. die Einführung von Stadtbezirksräten vor.

Bezüglich der Einführung von Stadtbezirksräten kann **Herr Platz** nichts sagen. Hier sollte bei den GWA's angesetzt werden. Er ist nicht dafür etwas Neues zu installieren.

**Herr Meister** legt dar, dass die Einführung kein Zwang ist. In gewissen Regionen macht dies sicherlich Sinn.

**Herr Platz** äußert, dass bei einer Einführung nur eine flächendeckende Einführung Sinn macht. Die GWA's machen dann keinen Sinn mehr.

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Information der Verwaltung zur Kenntnis.

10. Verschiedenes

---

**Sitzungstermine 2017**

Bezüglich der Sitzungstermine 2017 gibt es von den Ausschussmitgliedern keine Einwände.

Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Burkhard Lischka  
Vorsitzender

gez. Britta Becker  
Schriftführerin